

Woffische



Zeitung

10 Pfennig

Gegebenst

1704

Mit **Kurszettel**

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Ostendestraße, Georg-Bernhard-Veranst.
Redaktion: Am Sandhammelsplatz, Carl-Meißel-Berlin-Überst.
Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehr-Zentrale Ullstein in Amt Döberst (A 7) 3000-3005
für den Fernverkehr Amt Döberst 3008-3009. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 6497.

Blutige Staatsfeier in Ugram

Behn Jahre Südslavien

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“

* Ugram, 1. Dezember

Der heutige schmerzliche Staatsfeierling in Ugram blutig verlaufen. Die bürgerlich-demokratische Koalition hat gegen die offiziellen Feiertagsfeierlichkeiten zur passiven Resistenz aufgerufen.

Am Vormittag wurden in allen Schulen Vorträge über die Bedeutung des Tages gehalten, doch drangen in alle Mittelschulen Universitätsstädter ein und zerstreuten die Anwesenden. Inzwischen hatten drei unbekannte Personen auf der Domstraße drei große schwarze Fahnen gehißt. Die Polizei holte die Fahnen herunter und verhaftete die Jünglinge.

Auf dem Wege zur Polizei kam es wenige hundert Schritt weiter auf dem Jellachitschplatz zu einem Versuch der Wange, die Verhafteten zu befreien. Auf beiden Seiten wurde geschossen. Vier Personen wurden verletzt, darunter ein Polkist und ein Demokrat. Lebensgefährlich. Der Polkist und der schwer verletzte Demokrat sollen schon gestorben sein. Die Polizei und die Sozialisten verfolgten sie sehr inständig.

In der Stadt wurden sofort große Gewahrsams- und Polizeimärsche aufgezogen, die mit aufgereiztem Begehrt die Ordnung aufrechterhalten. Die Stimmung ist außerordentlich erregt. Man befürchtet für heute größere Zusammenstöße.

„Reiz“ gibt folgende Darstellung der heutigen blutigen Ereignisse: Um 9 Uhr vormittags, gerade in dem Augenblick, als vor der Domstraße die Ehrenkompanie aufzog und die Betreuer der Behörden sich in den Dom begaben, erschienen auf der ersten Galerie der Domstraße zwei junge Männer, die drei schwarze umfalte kroatische Fahnen ausjagten. Auf der und auf anderen Stand das Datum: „20. Juni 1928“ (Todesstag Sabitsch), auf der zweiten „1. Dezember 1918“ (Datum der Vereinigung), und auf der dritten „12. Dezember 1918“ (Jahrestag der großen blutigen Demonstration gegen die Serben am Jellachitsch-Platz, wobei vierzehn Personen den Tod fanden).

Als diese Fahnen sichtbar wurden, gerieten die Generäle und offiziellen Persönlichkeiten in größte Erregung. Es wurde Gewahrsamerie herbeigerufen. Die Manifestanten, die die Fahnen hielten, erschienen unter dem Vorwand der Kirche und brachten sich auf die Straße Sabitsch, das freie Kroatien, Dr. Sabitsch und

Genetor Tribitschitsch aus. Diese Aufe fanden in der verarmten Volksmenge ein stürmisches Echo.

General Betschich zog seinen Säbel und rief der Ehrenkompanie das Kommando zu „Rekognit an!“ Was die anderen Offiziere gegen die Säbel nicht gingen wegen die Manifestanten die Jünglinge, die die Fahnen gehißt hatten, wurden verhaftet. Als sie abgeführt wurden, entstand ein Schießerei, in deren Verlauf vier Personen schwer verletzt und zwei getötet wurden, unter ihnen ein Polkist.

Beruhigung im Industriegebiet

Die Revierkonferenzen am Sonntag

In Zabulitzgebiet ist die Meinung, daß die Ausperrung in der Selen-Industrie am Montag beendet werden wird, heute erheblich zweifelhafter. Die überwiegende Auffassung geht dahin, daß auch die Revierkonferenzen der Freien Gewerkschaften sich mit der Unterwerfung unter einen Schiedsspruch des Reichsinnenministers Geering einverstanden erklären werde, vor allem aus Rücksicht auf die Person Geerings selbst. Dazu kommt, daß die Christlichen und Christ-Verwandigen Gewerkschaften sich auf die Annahme des Vermittlungsvertrages bereits schickig haben. Auch in Berlinern parlamentarischen Kreisen glaubt man an das Gelingen der Vermittlungskonferenz.

Die Arbeitgeber erklären

Der Arbeitgeberverband Nordwest nicht den Vorschlag, den er durch Annahme des Regierungsvertrages erlangt hat, durch eine Erklärung aus, die lautet:

„Nachdem das Reichsministerium im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten Bergemann wegen der mitwirkenden Auswirkungen des Klientenkonflikts auf die deutsche Wirtschaft Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zur Erörterung der Frage, ob und in welchem Sinne sich eine Vermittlungskonferenz zur baldigen ergebnisreichen Erzielung des Konflikts einleiten ließe, nach Berlin gerufen hatte, haben die Arbeitgeber es für eine Selbstverständlichkeit gehalten, diesem Rufe Folge zu leisten.“

Sie stimmten der Aufforderung des Herrn Reichsministers darin zu, es sei bei der jetzigen Lage und damit der Unmöglichkeit einer unmittelbaren Verständigung zwischen den Parteien geboten, daß sich beide Seiten der Autorität einer mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Bezirks vertrauten Persönlichkeit als neutralen Schiedsrichters fügen. Die Arbeitgeber glaubten, diese Stellungnahme unumkehrbar beantwortet zu können, als nach dem Durchgange des Reichsministers der Schiedsrichter die von ihnen unüberlegt angebotene Moderation der Wirtschaft des Bezirks nunmehr vornehmend und zur Grundfrage seiner Entscheidung machen wird.

Auch in der schwierigen Frage der Zusammensetzung dieses Schiedsrichters haben die Arbeitgeber nachgehende Bedenken gegenüber den Vorschlägen des Reichsministers, Herrn Reichsministers Geering mit beiden Aufgaben zu betrauen, zurückgefallen. Sie konnten dies am 10. aber als hierdurch erneut der Beweis erbracht wird, daß die in der Öffentlichkeit vielfach verbreitete Ansicht, der Arbeitskampf bei Nordwest nicht sich gegen die verantwortliche Regierung oder gegen die Staatsautorität, eine durchaus unrichtige Unterstellung sei. Die Arbeitgeber verbleiben vielmehr durch die Annahme des vom Reichsminister gemachten Vorschlages auf der Seite von ihrer verfallenen Linie, die freitragenden Arbeitsbedingungen ihrer Werte nur unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage des reichsweit-westlichen Bezirks geregelt zu haben.“

Faschisten-Sturm gegen Frankreich

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“

* Rom, 1. Dezember

Nicht nur in Rom, sondern auch in anderen italienischen Städten hatte der Urteilsspruch des Pariser Gerichtshofes als aufrüttelndsten Demonstration geführt, aber daß es zu ersten Zusammenstößen gekommen wäre. In Rom bildeten die Rumbewegungen den Vormittag über an, wobei die Studenten mehrmals verhaftet, bis zum Platz große vor die französische Botschaft zu gelangen. Vier vor ein großer Polizeikommando aufgestellt. Auf die fälschliche Gestandtheit ist bemerkt. Die Demonstranten riefen unaufrichtig: „Rüber mit Frankreich! Tod für Frankreich! Es lebe Italien!“ Vor dem Ballon des fälschlichen Vortragsreferenten hatte die Studenten applaudiert, bis der Generaldirektor Baratti am Ballon erschien. Dieser befehlte sich über dem, die Menge mit der mündlichen Sprache zu beschreiben. Die Demonstranten begaben sich dann zum Grabe des Unbekannten Soldaten, wo sie den Schauer erneuerten, jederzeit bereit zu sein. Die Wälder fordern die Frontampier auf, die im Krieg errangenen französischen Aufschneidungen zurückzuführen.

Auf ein aus Rom vom Zentralverband der faschistischen Studenten ausgegebenen Aufschneidung zu haben auch in einigen oberitalienischen Universitätsstädten Protestkundgebungen; der Studenten gegen den Urteilsspruch der Pariser Geschworenem im Prozeß Marinis ausgegeben. In der ersten Universitätsstadt von Rom wurde die Protestkundgebungen in Universitätsstädten gehalten. Ebenso wird ein Studentenmangel aus Rom auf dem Gebiet, wo die Rumbewegungen einen ausgedehnten Kundgebungen in ihrem Charakter annehmen. Es wurde auch ein Sturmangriff auf das französische Konsulat verübt, aber die Polizei hat die Demonstranten juristisch. In Bologna hat der Oberleutnant der Polizei Ramponi dem Präsidenten der französischen Revolution mehrere durch seine Teilnahme an den Kämpfen an der Spitze von verlorbenen Auszeichnungen, darunter den Ritterorden der Ehrenlegion, zurückgeführt. Die Abhängigkeit „Sera“ verheißt unter dem Titel: „Das ewig feindliche Frankreich“ einen großen Beitrag.

Tyrell in London

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“

who London, 1. Dezember

Gestern fand eine ausführliche Aussprache zwischen Außenminister Chamberlain und dem englischen Botschafter in Paris Sir William Tyrell über den Stand der Reparationsfrage statt. Nach der Aussprache soll den englischen Auslandsvertretern noch einmal von London aus mitgeteilt werden sein, daß die englische Regierung in Bezug auf die Form der Einsetzung der Schuldverpflichtungen und in anderen wichtigeren Fragen, die der materielle Regelung der Reparationsfrage nicht vorliegen, keinen beträchtlichen Standpunkt einnehmen, sondern sich jeder vernünftigen Lösung, die von den Alliierten oder Deutschland vorgeschlagen werde, angeschlossen könne. Sir William Tyrell läßt heute in Baldwin nach Chequers, wo er das Wochenende verbringen wird.

Botschafter Radolny in Berlin

Der deutsche Botschafter in der Türkei, Radolny, ist heute in Berlin eingetroffen. Es ist vor einigen Tagen berichtet worden, daß die deutsche Botschaft, die bisher in Konstantinopel ihren Sitz hatte, jetzt nach Angora verlegt wird. Die telegraphische Verbindung Radolnys nach Berlin ist durch die Notwendigkeit einer Aussprache über türkische Fragen veranlaßt worden. Der Botschafter wird in einigen Tagen direkt nach Angora zurückreisen. Radolny wurde heute mittig von Reichsaussenminister Dr. Stresemann empfangen. Es ist letzteres Wissens die erste Begrüßung zwischen dem Außenminister und dem Botschafter in Angora. Wir wissen nicht, ob es in anderen Ländern vorkommt, daß der neuernannte Leiter der Außenpolitik einen Botschafter, der auf wichtigem Posten sich befindet, noch mehr als fünfzigjähriger Amtsdauer nicht zu sehen bekommen hat.

Radolny ist vor einigen Wochen unmittelbar nach dem Tode Herzogin-Stanhus allerdings längere Zeit in Berlin gewesen, und es hieß damals, daß er Anwärter für den freigewordenen Posten in Moskau sei, für den jetzt Dr. v. Dierren ernannt worden ist. Eine Parlamentarier zwischen dem Botschafter und dem Reichsaussenminister, der in Baden-Baden sich aufhielt, ist damals nicht erfolgt.

Ein Deutscher wegen Spionage verurteilt

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“

* Paris, 30. November

Das Landesgericht in Belfort verurteilte heute den deutschen Staatsangehörigen Josef Steinbrunner aus Freiburg i. B. wegen Spionage zu drei Jahren Gefängnis und 50 Franken Geldstrafe. Steinbrunner soll militärische Räder, Mobilisationsverordnungen, sowie Pläne der Stellung Belfort und Zeichnungen eines neuen Infanterieregiments und einer neuen Gasmaske zu verhehlen verurteilt haben.

Schiedsvertrag zwischen Warschau und Budapest

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“

ihl Warschau, 1. Dezember

Der ungarisch-polnische Schiedsvertrag, zu dessen Abschluß der ungarische Außenminister nach Warschau kam, wurde gestern nachmittag hier unterzeichnet. Im Zeitungsdruck und Presseverlegungen erklärte der ungarische Außenminister dazu, daß es sich eigentlich des fehlens ungarisch-polnischer Streitfragen um einen symbolischen Akt handle, der die guten Beziehungen der beiden Länder bestätigen solle.